Afghanistan

Karzais letzter Streich

Im Machtkampf um die Nachfolge von Präsident Hamid Karzai kam es vergangene Woche endlich zu einer Entscheidung – wenn auch anders, als es der jetzige Amtsinhaber plante. Karzai hatte seinen Einfluss zugunsten des paschtunischen Kandidaten Ashraf Ghani geltend gemacht, den er als alleinigen Machthaber etablieren wollte.

Doch bei einem Blitzbesuch von US-Außenminister John Kerry in Kabul verständigten sich die Kontrahenten der Stichwahl – der ehemalige Weltbankexperte Ghani und der Augenarzt Abdullah Abdullah – am Freitag auf die Bildung einer Einheitsregierung. Demnach wird die Macht geteilt, und die beiden werden künftig gemeinsam regieren. Der Sieger soll Präsident werden, der andere „Chief Executive“, eine Art Premierminister. Nach massiven Wahlfälschungen hatten sich die beiden Rivalen auf eine Neuauszählung aller Stimmen verständigt.

Abdullah-Anhänger demontieren ein Karzai-Plakat in Kabul

Um seinem Kandidaten zum Sieg zu verhelfen, ließ Karzai Gouverneure in den Provinzen und sogar seinen Vize für den Paschtunen Ghani werben; angeblich stellte er ihm zudem mehrere Millionen Dollar aus dem Staatshaushalt für seinen Wahlkampf zur Verfügung. Gegenüber Weggefährten begründete Karzai die Parteinahme damit, dass er einen paschtunischen Nachfolger bevorzuge, um soziale Spannungen zu vermeiden. Viele Paschtunen betrachten sich als natürliche Anführer des Vielvölkerstaates. Beobachter vor Ort glauben jedoch, es gehe Karzai vor allem darum, gute Voraussetzungen für eine erneute Präsidentschaftskandidatur in fünf Jahren zu schaffen. Die Verfassung zumindest würde das erlauben. suk

Libyen

„Warum kämpft ihr?“

Der Arzt und Lokalpolitiker **Awad al-Ghairi,** 50, schildert seinen bedrohlichen Alltag in der von Islamisten und Militärs umkämpften Stadt Bengasi.

„Vor vier Monaten haben sie meinen Sohn getötet, er saß im Auto vor unserem Haus, neben dem Fahrer. Die Mörder dachten, er sei ich, sie schossen ihm eine Kugel in den Kopf. Abduaruf war 16 Jahre alt. Seit Monaten werden in der Stadt immer wieder Menschen ermordet, und als Politiker bin auch ich Zielscheibe. Wir wohnen im Zentrum von Bengasi am Sidi-Hussein-Platz. Hier erleben wir jeden Tag die Kämpfe zwischen den Islamisten und der Armee. Am Tag vor Id al-Fitr, vor zwei Wochen, morgens um 4.30 Uhr, schlug eine Granate der islamistischen Miliz Ansar-al-Scharia vor meinem Haus ein. Unsere Wohnung liegt im zweiten Stock, meine Frau und ich leben dort, und unsere vier verbliebenen Kinder, drei Jungen und ein Mädchen. Zum Glück wurde niemand verletzt. Unser Haus liegt 100 Meter entfernt von einem Stützpunkt der militärischen Kräfte des Generals Chalifa Haftar. Der General kämpft gemeinsam mit Regierungstruppen gegen die Islamisten. Wir stehen zwischen den Fronten, und seit Haftar die Offensive „Karama“ („Würde“) gegen die Islamisten führt, ist die Lage eskaliert. Das ganze Land ist gespalten. Ich gehe nicht mehr allein aus dem Haus, ein Freund, der eine Waffe trägt, ist immer bei mir. Kürzlich haben sie versucht, mein Auto in die Luft zu jagen, eine Bombe war versteckt. Wir haben sie rechtzeitig gefunden. Wie soll das weitergehen? Zusammen mit anderen Bürgervertretern versuchen wir mit beiden Seiten zu verhandeln. Wir haben sie gefragt: Warum kämpft ihr? Warum tötet ihr? Beide sagen, sie wollten eine Polizei und die Armee aufbauen. Das wollen wir Bürger auch, wir wollen aber keine Milizen in der Stadt, sondern einen normalen Staat, der funktioniert. Diese Woche soll es wieder Gespräche geben. Wenn wir keine Lösung finden, muss ich mit meiner Familie hier fort. Was dann aus meinem Land wird, weiß ich nicht.“ suk

Fußnote

31 000

iranische Mädchen unter 15 Jahren wurden zwischen März und Dezember 2013 zwangsverheiratet. Damit vervierfachte sich die Zahl der Kinderehen in zwei Jahren. Ein Paragraf des iranischen Zivilrechts, das auf der Scharia beruht, erklärt Mädchen ab dem 13., Jungen ab dem 15. Lebensjahr für heiratsfähig. Eltern können ihre Töchter per Gerichtsbeschluss sogar schon früher für „heiratsreif“ erklären lassen. Opfer seien häufig Kinder armer Eltern, die gegen ein hohes Brautgeld vermählt werden. red

FOTO: DIEGO IBARRA SANCHEZ / NEW YORK TIMES / REDUX / LAIF